

# **Gaspreisdeckel in Höhe von 275 Euro im EU-Großhandel?, Bis zu zehn Prozent Preiseinbruch bei Immobilien, Sieben Millionen Arbeitskräfte weniger bis 2035**

## **Gaspreisdeckel in Höhe von 275 Euro im EU-Großhandel?**

Nach monatelangen Diskussionen hat die Europäische Kommission einen festen Gaspreisdeckel im europäischen Großhandel vorgeschlagen. Unter bestimmten Bedingungen soll es einen Maximalpreis für Gas geben, das einen Monat im Voraus am Großhandelsplatz TTF gehandelt wird. Die EU-Staaten müssen dem Vorschlag noch zustimmen. Die Bundesregierung sieht einen solchen Gaspreisdeckel kritisch, viele andere EU-Staaten bestehen jedoch darauf. Anders als die Gaspreisbremse der Bundesregierung gilt der Deckel für Großkunden, die am TTF einkaufen, und nicht für Endverbraucher. Der Deckel würde automatisch greifen, wenn der Preis für im Folgemonat zu lieferndes Gas zwei Wochen lang 275 Euro pro Megawattstunde übersteigt und gleichzeitig mindestens 58 Euro höher ist als der Referenzpreis für Flüssiggas (LNG) am Weltmarkt. Aufträge oberhalb des Preislimits würden dann nicht mehr akzeptiert. Der Mechanismus soll ab Januar 2023 ein Jahr lang gelten. Hintergrund des Vorschlags ist der starke Anstieg der Gaspreise angesichts der drastischen Kürzungen russischer Gaslieferungen. Mehr dazu [hier](#). ([Manager Magazin](#))

## **Bis zu zehn Prozent Preiseinbruch bei Immobilien**

Einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) steigt das Risiko starker Preiskorrekturen am Immobilienmarkt. Preiseinbrüche von bis zu zehn Prozent sind bei Eigentumswohnungen und Eigenheimen durchaus möglich. Demnach sind die Preise für Eigenheime und Eigentumswohnungen in den 97 untersuchten Städten in diesem Jahr 2022 durchschnittlich elf Prozent gestiegen, während die Mieten nur um vier Prozent zunahmen. Dass sich Kaufpreise und Mieten derart auseinanderentwickeln, hält das DIW für bedenklich. Dennoch dürfte der Immobilienmarkt in Deutschland auch weiterhin vergleichsweise stabil bleiben. ([Spiegel Online](#))

### **Sieben Millionen Arbeitskräfte weniger bis 2035**

Bis 2035 gehen dem ohnehin vom Fachkräftemangel geplagten deutschen Arbeitsmarkt etwa sieben Millionen Arbeitskräfte verloren – wenn nicht gegengesteuert wird. Das geht aus einer Untersuchung des Nürnberger Instituts für Arbeitsmarkt – und Berufsforschung (IAB) hervor, die am Montag (21.11.2022) veröffentlicht wurde. Hintergrund ist hauptsächlich, dass viele Arbeitnehmer der sogenannten Baby-Boomer-Jahrgänge bald in Rente gehen. Das Problem könnte aber gelöst oder zumindest gelindert werden, wenn es gelinge, die Erwerbsquoten zu erhöhen – etwa bei Älteren und bei Migrantinnen – sowie gezielte Zuwanderung erfolgreich zu ermöglichen, heißt es in der Studie. ([Der Tagesspiegel](#))